

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
– Drucksache 20/6423 –**

Transportlogistik für Deutschland sichern – Mit fairen Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen im Straßengüterverkehr

- b) **zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/3932 –**

Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Der Güterverkehr ist eine der Lebensadern der deutschen Wirtschaft, mit der Wohlstand, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit sichergestellt werden. Es ist erforderlich, sich der Bedeutung des Güterverkehrs, der Berufskraftfahrerinnen und -fahrer und der Transportunternehmen für das tägliche Leben bewusst zu sein, die Belastungen der kleinen und mittelständischen Unternehmen und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und die Rahmenbedingungen für die Branche zukunftssicher zu gestalten. Weiter ist es erforderlich, den Anteil von Schiene und Wasserstraße am Modal Split zu erhöhen, Anreize zu setzen, den Güterverkehr zunehmend auf klimafreundliche und energieeffiziente Verkehrsträger zu verlagern, die notwendige Modernisierung der Fahrzeugflotten gezielt zu fördern, Schienengüterverkehr und Binnenschifffahrt zu stärken, den Kombinierten Verkehr zu fördern, für eine effizientere und wirtschaftlichere Verzahnung der Verkehrsträger zu sorgen und die Mehreinnahmen der im nächsten Schritt ausgeweiteten Lkw-Maut zugunsten von Mobilität zu verwenden.

Vor allem sind eine Reihe von Maßnahmen erforderlich, um dem Fahrerinnen- und Fahrermangel entgegenzuwirken und dazu Arbeits- und Wettbewerbsbedingungen, Aus- und Weiterbildungsfragen, wirksame Kontrollen, Digitalisierung und Zuwanderungsbedingungen für das Berufsfeld weiterzuentwickeln und Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine faire und gleiche Behandlung grenzüberschreitend im Rahmen des europäischen Rechts sicherstellen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, in dem unter anderem gefordert wird, einen „Runden Tisch Güterverkehr- und Logistik“ einzusetzen, die Instandsetzung der Verkehrsinfrastruktur verkehrsträgerübergreifend zu beschleunigen; den Bau von LKW-Parkplätzen und Autohöfen mit angemessener sanitärer Infrastruktur auszuweiten und an den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans 2030 wie durch den Deutschen Bundestag beschlossen festzuhalten und dem Fahrermangel konsequent zu begegnen. Weiterhin wird in dem Antrag gefordert, einen „Runden Tisch Fahrermangel“ einzusetzen; dem AdBlue-Mangel abzuhelfen; Transportunternehmen, die in der Vergangenheit auf LNG gesetzt haben und nun mit hohen Preisen zu kämpfen haben, mit einem Rettungsschirm zu unterstützen sowie die Preisbindung des LNG-Preises an den Dieselpreis zu prüfen; das Konzept der Nutzerfinanzierung auszubauen und die durch die Lkw-Maut generierten Einnahmen im Finanzierungskreislauf Straße zu belassen; auf eine Erhöhung der Lkw-Maut in zwei Phasen ab Januar 2023 zu verzichten und stattdessen eine einmalige, umfassende und langfristig kalkulierbare Mautreform zum Ende des Jahres 2023 vorzubereiten und konkrete Vorschläge für Digitalisierungsvorhaben im Bereich Güterverkehr und Logistik zu unterbreiten.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Aufforderung an die Bundesregierung, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel wettbewerbsverzerrende und unfaire Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, dafür Sorge zu tragen, dass die Kontrollen in der Transport- und Logistikbranche intensiviert werden, gemeinsam mit den Industrieverbänden und unterstützt durch das Bundesamt für Logistik und Mobilität auch weiterhin gezielt dazu beizutragen, dass Image und Beschäftigungssituation im Transport und Logistiksektor attraktiver werden, sicherzustellen, dass der Einstieg in das Gewerbe für Zuwandererinnen und Zuwanderer erleichtert wird, die Berufskraftfahrqualifizierung zu entbürokratisieren, die Verkehrsinfrastruktur den Erfordernissen der Transportlogistik gemäß zu verbessern und aus- und neuzubauen, Maßnahmen zur Stärkung des Schienengüterverkehrs auszuweiten, ihre Maßnahmen zur Stärkung des Systems Wasserstraße auszuweiten und dem Verkehrsausschuss Ende 2024 einen Fortschrittsbericht über die Umsetzung der in diesem Entschließungsantrag benannten Forderungen vorzulegen.

Annahme des Antrags auf Drucksache 20/6423 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3932 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/6423 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/3932 abzulehnen.

Berlin, den 28. Juni 2023

Der Verkehrsausschuss

Udo Schiefner
Vorsitzender und Berichterstatter

Martina Enghardt-Kopf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Udo Schiefner und Martina Enghardt-Kopf

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/6423** in seiner 97. Sitzung am 20. April 2023 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/3932** in seiner 60. Sitzung am 13. Oktober 2022 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel wettbewerbsverzerrende und unfaire Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, dafür Sorge zu tragen, dass die Kontrollen in der Transport- und Logistikbranche intensiviert werden, gemeinsam mit den Industrieverbänden und unterstützt durch das Bundesamt für Logistik und Mobilität auch weiterhin gezielt dazu beizutragen, dass Image und Beschäftigungssituation im Transport und Logistiksektor attraktiver werden, sicherzustellen, dass der Einstieg in das Gewerbe für Zuwandererinnen und Zuwanderer erleichtert wird, die Berufskraftfahrqualifizierung zu entbürokratisieren, die Verkehrsinfrastruktur den Erfordernissen der Transportlogistik gemäß zu verbessern und aus- und neuzubauen, Maßnahmen zur Stärkung des Schienengüterverkehrs auszuweiten, ihre Maßnahmen zur Stärkung des Systems Wasserstraße auszuweiten und dem Verkehrsausschuss Ende 2024 einen Fortschrittsbericht über die Umsetzung der in diesem Entschließungsantrag benannten Forderungen vorzulegen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Forderungen, einen „Runden Tisch Güterverkehr- und Logistik“ einzusetzen, die Instandsetzung der Verkehrsinfrastruktur verkehrsträgerübergreifend zu beschleunigen; den Bau von LKW-Parkplätzen und Autohöfen mit angemessener sanitärer Infrastruktur auszuweiten; an den Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans 2030 wie durch den Deutschen Bundestag beschlossen festzuhalten und dem Fahrermangel konsequent zu begegnen. Weiterhin wird in dem Antrag gefordert, einen „Runden Tisch Fahrermangel“ einzusetzen; dem AdBlue-Mangel abzuhelfen; Transportunternehmen, die in der Vergangenheit auf LNG gesetzt haben und nun mit hohen Preisen zu kämpfen haben, mit einem Rettungsschirm zu unterstützen sowie die Preisbindung des LNG-Preises an den Dieselpreis zu prüfen; das Konzept der Nutzerfinanzierung auszubauen und die durch die Lkw-Maut generierten Einnahmen im Finanzierungskreislauf Straße zu belassen; auf eine Erhöhung der Lkw-Maut in zwei Phasen ab Januar 2023 zu verzichten und stattdessen eine einmalige, umfassende und langfristig kalkulierbare Mautreform zum Ende des Jahres 2023 vorzubereiten und konkrete Vorschläge für Digitalisierungsvorhaben im Bereich Güterverkehr und Logistik zu unterbreiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6423 in seiner 42. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 26. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 26. April 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/3932 in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verkehrsausschuss hat sich mit Themengebieten, welche in den beiden Anträgen angesprochen werden, in der 20. Wahlperiode bereits in mehreren Anhörungen befasst. Am 18. Mai 2022 hat er in einer öffentlichen Anhörung das Thema „Arbeitsbedingungen von Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrern und wirksame Maßnahmen gegen den Fahrerinnen- bzw. Fahrermangel“ erörtert, am 26. September 2022 das Thema „Maßnahmen gegen den Berufskraftfahrerinnen- und -fahrermangel hinsichtlich ihrer Qualifikation“ und am 12. Dezember 2022 das Thema „Maßnahmen gegen den Berufskraftfahrerinnen- und -fahrermangel hinsichtlich ihrer Arbeitsbedingungen, insbesondere der Situation an Rampen und auf Rastanlagen“.

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/3932 in seiner 22. Sitzung am 19. Oktober 2022 beraten und hat dazu die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Die öffentliche Anhörung hat er in seiner 37. Sitzung am 27. März 2023 durchgeführt. An der Anhörung nahmen als Sachverständige teil: Prof. Dr. Dirk Engelhardt vom Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL); Josef Dischner von der Dischner Speditions- und Handelsgesellschaft; Polizeihauptkommissar Thomas Fiala, Polizeipräsidium Köln; Ingo Hodea vom Deutschen Speditions- und Logistikverband (DSLTV), Christian Hoffmann vom Bundesamt für Logistik und Mobilität, Ronny Keller von ver.di und Peter Westenberger vom Netzwerk Europäischer Eisenbahnen „DIE GÜTERBAHNEN“. Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Wortprotokoll der 37. Sitzung am 29. März 2023 verwiesen, welches auch im Internet verfügbar ist.

In seiner 45. Sitzung am 14. Juni 2023 hat der Verkehrsausschuss die Anträge abschließend beraten. Die beiden Anträge wurden gemeinsam beraten mit dem 31. Bericht der EU-Kommission über die Durchführung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr etc. (Ratsdok. 8129/23), welche dem Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung überwiesen wurde, und zu dem „Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Entsendung von Kraftfahrern und Kraftfahrerinnen im Straßenverkehrssektor und zur grenzüberschreitenden Durchsetzung des Entsenderechts“, Drucksache 20/6496, welcher dem Verkehrsausschuss zur Mitberatung überwiesen wurde.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU enthalte nur wenig konkrete Lösungsansätze, wie es auch in der Anhörung zu dem Antrag festgestellt worden sei. Der Antrag der Koalitionsfraktionen beschreibe hingegen konkret die aktuellen Problemlagen und Lösungen. Wenn er beschlossen werde, werde aber die eigentlich wichtige Arbeit erst beginnen. Von der Bundesregierung erwarte sie, dass diese – neben dem, was sie schon in die Wege geleitet habe – die Forderungen aus dem Koalitionsantrag zügig aufgreife, sie die entsprechenden Schritte einleite und dass sie vor allen Dingen auch zügig Vorschläge erarbeite und vorlege, welche für Lösungen für die Logistikbranche notwendig seien. Sie spricht sich dafür aus, auch über Bußgeldhöhen in dem Bereich Transportlogistik zu diskutieren, auch im Hinblick auf deutlich höhere Bußgelder in anderen Ländern, etwa bei Verstößen gegen Sozialbedingungen. Sie kündigt an, dass sich die Koalition weiter für eine Verbesserung von Sozial- und Arbeitsbedingungen in der Transportlogistik einsetzen werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bemerkte, da ihr Antrag erst jetzt beraten werde, habe man wertvolle Zeit verloren. Sie begrüße, dass die Koalitionsfraktionen einen eigenen Antrag vorgelegt hätten, auch wenn dessen Beratung immer wieder vertagt worden sei. Sie betonte, die Branche sei systemrelevant und es seien hier Verbesserungen in unterschiedlichen Bereichen dringend notwendig. Zu begrüßen sei, dass in den Koalitionsantrag viele Punkte aufgenommen worden seien, die auch ihrer Position entsprächen. Auch sie sei für eine beschleunigte Schaffung von Stellplätzen und für verbesserte sanitäre Einrichtungen. Sie betonte, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren benötige man auch für den Ausbau der Infrastruktur auf der Autobahn und auf den Raststätten. Die Auflösung des Finanzierungskreislaufes „Straße finanziert Straße“ lehne sie ab, weil auch im Bereich der Straße großer Investitionsbedarf bestehe. In dem Antrag der Koalitionsfraktionen würden zahlreiche Forderungen erhoben, aber „Papier sei geduldig“ und es sei zu befürchten, dass es für viele Forderungen keine schnelle Umsetzung geben werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach sich für faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen in der Transportlogistik aus. Sie begrüßte, dass die Koalition den vorliegenden Antrag auf den Weg gebracht habe, in den auch Erkenntnisse aus den durchgeführten Anhörungen eingeflossen seien. Es gehe darum, das gesamte Berufsfeld attraktiver zu machen, wozu es auch gehöre, den Berufseinstieg für Menschen, die zugewandert seien, zu erleichtern. Wichtig sei es, wettbewerbsverzerrende und unfaire Arbeitsbedingungen zu vermeiden. Dazu gehöre es, dass die Einhaltung der geltenden Vorschriften, die teilweise auch zu verschärfen seien, besser überwacht werde. Der Koalitionsantrag beziehe auch zum Thema Schienengüterverkehr klar Position, denn es sei ein Beitrag zur Lösung von Umwelt- und Klimaproblemen sowie von Arbeitskräftemangel, wenn mit der Bahn mehr Güter transportiert werden könnten. Aus- und Neubau von Schienenwegen werde zur Schaffung der erforderlichen Kapazitäten notwendig sein. Auch habe man die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger im Blick. Der Koalitionsantrag sei weitergehend als der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sowie viel konkreter und differenzierter.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, wesentlich sei es aus ihrer Sicht, dass jetzt Maßnahmen getroffen würden, um Straßengüterverkehr sicherzustellen. In dem Koalitionsantrag werde zudem deutlich, dass es auch um eine Vernetzung von Mobilität gehe. Sie ging auf die verschiedenen Anhörungen zu der Thematik ein und begrüßte, dass Erkenntnisse aus den Anhörungen in dem Koalitionsantrag aufgegriffen worden seien. Sie hob Aspekte der Verbesserung sowie des Aus- und Neubaus der Infrastruktur in den Bereichen Transportlogistik und Straßengüterverkehr hervor. Sie erwähnte dabei insbesondere das Thema „Parkplätze“. Wer die Situation auf den Autobahnen betrachte, insbesondere zu bestimmten Zeiten, erkenne, dass hier dringenden Handlungsbedarf gebe. Es seien aber auch Themen wie Tank- und Ladeinfrastruktur sowie die Versorgung der Transportlogistik mit alternativen Kraftstoffen zu bedenken. Zu dem umfangreichen Antrag der Koalitionsfraktionen werbe sie um Unterstützung durch die anderen Fraktionen. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU umfasse sicher auch Teilaspekte des Koalitionsantrages, aber der Koalitionsantrag sei deutlich umfassender.

Die **Fraktion der AfD** bemerkte, viele angesprochene Probleme seien nicht neu und sie seien von früheren Regierungen nicht gelöst worden. Zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen bemerkte sie, man habe in den letzten Jahren gesehen, dass das Setzen auf die Fachkräftezuwanderung nicht erfolgreich gewesen sei. Eine Parkplatzoptimierung sei nicht ausreichend, weshalb sie sich für Parkplatzneubau einsetze. Ob man eine Verbesserung für die Kraftfahrer in Aussicht stellen könne, hänge auch vom Umfang der Kontrollen ab. Zu fragen sei, ob BALM, Polizei und Zoll wirklich optimiert kooperierten oder ob es hier Verbesserungspotential gebe. Sie äußerte, auch wenn man die Verkehre auf Schiene und Wasserstraße mit einbinden wolle, was sie begrüße, werde Dreiviertel des Verkehrs weiter auf der Straße stattfinden. Gemäß den Zahlen des BMDV werde der Straßengüterverkehr in den nächsten 25 Jahren nochmal um etwa 50 Prozent zunehmen, so dass ein Ausbau der Straßeninfrastruktur erforderlich sei. Sie betonte, wichtig sei es, die Maut auszuweiten.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellt fest, sie wolle hier grundsätzliche Probleme ansprechen. Wenn die Aussage der Bundesregierung zutrefte, dass man davon ausgehen müsse, dass der Güterverkehr auf der Straße um bis zu 50 Prozent zunehmen werde, werde das erhebliche Probleme bei der Sanierung von Brücken und Straßen nach sich ziehen und es sei verkehrspolitisch als eine Katastrophe anzusehen. Man nehme zur Kenntnis, dass die Regierungen zwar erkennen würden, dass es noch dringlicher sei, den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Sie hege aber Zweifel, dass die bislang erörterten Maßnahmen ausreichen würden, um in absehbarer Zeit die Schieneninfrastruktur so zu ertüchtigen, dass ein solches zusätzliches Verkehrsaufkommen, sofern es tatsächlich eintrete, über die Schiene abgewickelt werden könne und nicht über die Straße. Sie sehe es als hoch problematisch an, sich hier ernsthaft Gedanken zu machen, wie man ein solches zusätzliches Verkehrsaufkommen über Fernstraßen abwickeln könne.

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt die Annahme des Antrags auf Drucksache 20/6423 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. Die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3932 empfiehlt der **Verkehrsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Berlin, den 28. Juni 2023

Udo Schiefner
Berichtersteller

Martina Englhardt-Kopf
Berichterstellerin